

Beschlüsse Jugend im Landtag 2024 (in der Reihenfolge der Beratung)

Arbeitskreis 1: Jugend/Schulische Bildung und Freiwilligendienste

JiL 37/66 NEU NEU

Vereinheitlichung der Schülersausweise

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Umsetzbarkeit einer Vereinheitlichung der Schülersausweise in Chipkartenformat zu prüfen und an den Landtag weiterzuleiten.

JiL 37/68 NEU

Verpflichtender WiPo-Unterricht ab der 7. Klasse

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden dazu aufgefordert, verpflichtenden WiPo- Unterricht ab der 5. Klasse einzuführen und durchzusetzen. Ab der 5. Klasse soll der WiPo-Unterricht einstündig als eine zusätzliche Stunde dazukommen. Ab der 7. Klasse soll zwischen Musik und Kunst gewählt werden, wodurch zwei Wochenstunden wegfallen, die dann für den WiPo-Unterricht genutzt werden sollen.

JiL 37/24 NEU

Einführung des Pflichtfachs „Lebenskompetenzen“ an Grund- und weiterführenden Schulen und als Wahlfach in der Oberstufe

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, an allen Schulen des Landes ein Wahlfach „Lebenskompetenzen“ in der Mittelstufe im Bereich WPU einzuführen. Dieses Fach soll Schülerinnen und Schülern praxisnah und altersgerecht auf ein eigenständiges Leben vorbereiten, indem es wesentliche Alltagsfähigkeiten, finanzielle Grundkenntnisse und ein Bewusstsein für rechtliche Grundlagen vermittelt.

JiL 37/52

Engagement braucht Rückenwind - Mehr Mittel für die Jugendverbandsarbeit!

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, die Förderung für die Jugendverbandsarbeit deutlich zu erhöhen. Um bei steigenden Anforderungen und Schwierigkeiten weiterhin Jugendbildungsmaßnahmen durchführen zu können, wird eine deutliche Erhöhung der Förderung für

Jugendbildungsmaßnahmen benötigt. Damit die ehrenamtliche Jugendverbandsarbeit langfristig attraktiv bleibt benötigt es außerdem dringend mehr finanzielle Mittel für ausreichend hauptamtliche Stellen.

JiL 37/50 NEU

Weglassen von Hausaufgaben über Ferien und Wochenenden

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, eine Hausaufgabenempfehlung für die Schulen zu erlassen, welche Hausaufgaben über die Ferien verbietet und einen reduzierten Umfang an Hausaufgaben für das Wochenende vorschlägt. Ausgenommen sind jegliche klausurvorbereitende Hausaufgaben sowie Lektüren und abschlussrelevante Thematiken.

JiL 37/9 NEU NEU

Vom Land gestellte Tablets für Schülerinnen und Schüler

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, die Tablet-Nutzung an Schulen zu verbessern, die sowohl den Schülerinnen und Schülern als auch den Lehrerinnen und Lehrern zugutekommen würden.

Dazu zählt:

- *Schulung für Lehrkräfte*
- *Technische Unterstützung*
- *Zugang zu Lernplattformen für alle Schülerinnen und Schüler*
- *Förderung der digitalen Kompetenzen als fester Bestandteil des Lehrplans*
- *Feedback von Schülerinnen und Schülern zur Verbesserung der Tablet-Nutzung*
- *Die Bereitstellung von Tablets zur alltäglichen Nutzung, die von den Schulen an ihre Schüler ab der 10. Klasse ausgegeben wird*

JiL 37/1

Verpflichtende Ausbildungsmodule für Lehramtsstudierende zu den Themen Sexualität und Aufklärung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, verpflichtende Ausbildungsmodule zu den Themen Sexualität und Aufklärung für alle Lehramtsstudierenden an den Hochschulen des Landes einzuführen. Ziel ist es, dass angehende Lehrkräfte bereits während ihrer Ausbildung auf den professionellen Umgang mit diesen Themen vorbereitet werden und später als Lehrerinnen und Lehrer eine sichere und umfassend informierte Umgebung schaffen können, das Mobbing von Anfang an präveniert.

JiL 37/12 NEU NEU

Einführung eines jährlichen „Tag der psychischen Gesundheit“ an Schulen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, an allen weiterführenden Schulen des Landes jährlich einen verpflichtenden „Tag der psychischen Gesundheit“ durchzuführen. Dieser Aktionstag soll darauf abzielen, das Bewusstsein der Schüler für Themen wie Stressbewältigung, Resilienz, Achtsamkeit und Selbstfürsorge zu stärken. Dazu soll Schulen die Möglichkeit gegeben werden, diesen Tag in Kooperation mit lokalen Beratungsstellen und Fachleuten aus den Bereichen Jugendpsychiatrie und -psychologie durchzuführen. Ebenso soll eine regelmäßige Evaluation der Inhalte erfolgen, um sicherzustellen, dass der Aktionstag nachhaltig und zielgerichtet gestaltet wird.

Unterstützung des Programms „Schools That Care“ (STC)

Anforderung: Finanzielle und strukturelle Mittel sollen bereitgestellt werden, um das STC-Programm flächendeckend an Schulen zu etablieren. Öffentlichkeitskampagnen sollen die Bekanntheit des Programms stärken und Schulen für die Teilnahme motivieren.

Unterstützung der Organisation „Youth Aware of Mental Health“ (YAM)

Anforderung: Finanzielle Förderung soll die flächendeckende Verfügbarkeit von YAM an weiterführenden Schulen ermöglichen. Zusätzlich ist Öffentlichkeitsarbeit wichtig, um die Akzeptanz und Teilnahme zu steigern und Eltern sowie Lehrkräfte zu sensibilisieren.

Integration mentaler Gesundheitsthemen in den Lehrplan für die Jahrgangsstufen 5-7

Themen wie Emotionsregulation, Achtsamkeit und die Enttabuisierung psychischer Erkrankungen sollen frühzeitig in die Fächer der Jahrgangsstufen 5 bis 7 integriert werden.

Ein standardisiertes Curriculum soll in Kooperation mit Pädagogen, Psychologen und Gesundheitsexperten entwickelt werden. Lehrkräfte benötigen gezielte Schulungen, um die Themen professionell und sensibel zu vermitteln.

Einführung eines verpflichtenden Seminars zur mentalen Gesundheit für Lehrkräfte

Beschreibung: Analog zu den verpflichtenden Erste-Hilfe-Kursen soll jede Lehrkraft ein regelmäßiges Seminar zur mentalen Gesundheit absolvieren. Dieses Seminar vermittelt grundlegende Kenntnisse zu psychischen Erkrankungen, Präventionsmaßnahmen, Strategien zur Selbstfürsorge sowie Umgangsmöglichkeiten mit Schüler:innen in mentalen Krisensituationen.

Anforderung: Die Seminarpflicht soll durch das Kultusministerium festgelegt und mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Zudem sollen die Seminare von qualifizierten Fachleuten durchgeführt werden und mindestens alle drei Jahre verpflichtend erneuert werden. Eine enge Zusammenarbeit mit spezialisierten Institutionen oder Organisationen wird empfohlen, um Lehrkräfte professionell und praxisnah zu schulen.

JiL 37/35

Mehr Jugendtreffpunkte und öffentliche Räume für Jugendliche

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass innerhalb Schleswig-Holsteins mehr Jugendzentren, Treffpunkte und öffentliche Räume für Jugendliche geschaffen werden.

JiL 37/13

Digitalisierung an Schulen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um Schulen mit den modernsten digitalen Geräten und stabilen Netzverbindung auszustatten. Außerdem sollten alle Lehrkräfte Fortbildungen zum Thema „Digitalisierung“ erhalten.

JiL 37/17

Schulbildung im 21. Jahrhundert

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, die digitale Ausstattung zu verbessern und die individuellen Lernwege in den Schulen zu fördern, um allen Schülerinnen und Schülern gerechte Chancen zu bieten und sie besser auf die Herausforderungen in der Zukunft vorzubereiten.

JiL 37/ 2

Verpflichtende Ansprechpersonen für LGBTQIA+-Belange an Schulen und Jugendzentren

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, an allen Schulen und Jugendzentren des Landes verpflichtende Ansprechpersonen für LGBTQIA+-Belange einzurichten. Ziel ist es, dass Schülerinnen, Schüler und Jugendliche in jedem Schul- und Jugendzentrum eine vertrauensvolle und speziell geschulte Anlaufstelle finden, die bei Fragen zu Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Diskriminierung und ähnlichen Themen Unterstützung bietet.

JiL 37/42

Kulturerbe im Klassenzimmer: Dänisch und Plattdeutsch stärken!

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, den Unterricht von Dänisch und Plattdeutsch in allen Schulformen in Schleswig-Holstein stärker zu fördern. Dänisch soll flächendeckend in möglichst vielen schulischen Einrichtungen als zweite Fremdsprache angeboten werden. Um die benötigten Gruppengrößen zu erreichen ist eine Zusammenarbeit zwischen mehreren Schulen in einer Region denkbar. Plattdeutsch soll auch nach der Grundschule noch weiter gefördert werden, um das Gelernte zu behalten und die Sprache weiterhin lebendig zu halten. Traditionelle Sprachen sollen auch außerhalb der Schule weiter gefördert werden, beispielsweise in Volkshochschulen.

JiL 37/20

Kürzungen für die Freiwilligendienste verhindern

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, bevorstehende Kürzungen für die Freiwilligendienste zu stoppen und nicht zu beschließen.

JiL 37/6

Automatische Wohngeldberechtigung als Freiwillige/r

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, automatische Wohngeldberechtigung als Freiwillige/r bzw. Automatisierung und Vereinfachung des Verfahrens durch die Träger zu ermöglichen.

JiL 37/53 NEU

Lehrauftrag – Politische Meinung bitte draußen lassen!

Der Landtag Schleswig-Holstein wird dazu aufgefordert, dass Lehrkräfte verpflichtende Schulungen zur parteipolitischen Neutralität im Unterricht erhalten.

JiL 37/7

Duales Lehramtsstudium

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, das Lehramtsstudium zu reformieren und nach dem Modell aus Thüringen praxisnaher zu gestalten.

Arbeitskreis 2: Öffentlicher Raum/ÖPNV und Gesellschaft

JiL 37/60 NEU NEU

Sucht ist kein Verbrechen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Entkriminalisierung des Besitzes von Eigenbedarfsmengen aller Substanzen, die den Regelungen des BtMG unterliegen, einzusetzen. Das Handeltreiben und Besitzen von illegalen Drogen, welche nicht zum Eigenbedarf genutzt werden, soll weiterhin illegal bleiben. Zeitgleich müssen Präventions- und Hilfsangebote weiter ausgebaut werden, um einer möglichen Normalisierung des Konsums entgegenzuwirken. Darüber hinaus soll der Ausbau von Drogenkonsumräumen vorangetrieben werden. Wenn, dann sicher. Zudem sollten Drogenkontrollkiosks unterstützt werden. Trotz allem sollte der Weg zur Sucht aus einer Schmerztherapie erschwert werden. So sollte der Konsum von Drogen in Form von verschreibungspflichtigen Schmerzmitteln im Rahmen einer Schmerztherapie, welche bisher unter dem BtMG stehen, stärker kontrolliert werden. Personen sollten während ihrer Schmerztherapie regelmäßig nachweisen, dass sie die verschriebene Konsumdosis nicht überschritten haben. Am Ende ihrer Therapie sollten sie ihre Schmerzmittel abgeben.

JiL 37/69 NEU NEU

Nein zu chinesischer Propaganda und Einflussname

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich stärker für plattformübergreifende Aufklärungsarbeit zu digitalen Medien einzusetzen. Konzerne, die nicht eindeutig und konsequent gegen die Verbreitung von Hass und FakeNews vorgehen, müssen mit ernsthaften Konsequenzen, bis hin zu Verboten, rechnen.

JiL 37/3 NEU

Schutzkonzepte gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität am Arbeitsplatz

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, mit Hilfe von Fachkräften einen Leitfaden für alle Ausbildungsstätten und Arbeitsplätze zu entwickeln, welcher umfassende Schutzkonzepte gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität beinhaltet. Diese Konzepte sollen klare Handlungsrichtlinien, Ansprechpersonen und Maßnahmen zur Prävention von Diskriminierung beinhalten und sicherstellen, dass insbesondere Frauen, LGBTQIA+-

Personen sowie FLINTA-Menschen (Frauen, Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender Personen) vor Diskriminierung und Belästigung geschützt sind.*

JiL 37/32+43+45+49+56 NEU NEU

Förderung, Ausbau und Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden dazu aufgefordert, sich verstärkt für die Förderung, den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs einzusetzen.

- *Es soll eine höhere finanzielle Förderung für Busunternehmen geschaffen werden, damit diese vor allem im ländlichen Raum zuverlässig fahren können. Dies ist aktuell nicht möglich, da durch viele Busstreiks viele Schülerinnen und Schüler nicht zu ihren Bildungseinrichtungen kommen, sodass diese entweder nicht die Bildungseinrichtungen besuchen können oder von ihren Eltern gefahren werden müssen. Auch erhöht dies zusätzlich den CO₂- Ausstoß.*
- *Der Ausbau vom ÖPNV soll mit besonderer Hinsicht auf ländlichere Gebiet vorangetrieben werden, beispielsweise durch die Bereitstellung finanzieller Mittel. Zudem sollen alternative Angebote wie beispielsweise Ruftaxen stärker gefördert werden.*
- *Die Frequenz der Fahrten des öffentlichen Nahverkehrs in Schleswig-Holstein soll erhöht werden. Im Zuge dessen soll sich ebenfalls für eine Sanierung der bestehenden Netze und eine Reaktivierung ungenutzter Bahnhöfe und Strecken eingesetzt werden.*
- *Es soll Initiative beim Ausbau der Bahn gezeigt werden. Konkret durch die Schaffung eines 3./4. Gleis zwischen Pinneberg und Elmshorn, die Elektrifizierung zwischen Itzehoe und Westerland (Sylt), die Sanierung der Hochdonnbrücke und der Schaffung eines Gleises zwischen Horst und Itzehoe zur Verbesserung der Effizienz der Marschbahn.*

JiL 37/14+76 NEU

Landes-Kinder- und Jugendparlament

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, ein Landes-Kinder- und Jugendparlament für Schleswig-Holstein zu schaffen. Dieses besteht aus je einer Abgesandten/einem Abgesandten der KJP/KJBs aus Schleswig-Holstein. Dies soll dem Austausch und primär der Vernetzung der Kommunen und Gemeinden untereinander dienen.

Die Gründung eines Dachverbandes für Kinder- und Jugendvertretungen Schleswig-Holstein soll gesetzlich verankert werden. Dieser Verband soll die Kinder- und

Jugendvertretungen des Landes unterstützen, vernetzen und ihre Anliegen auf Landesebene vertreten. Hierfür sind dem Dachverband die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, darunter Personal, Räumlichkeiten und finanzielle Mittel, um eine nachhaltige Arbeit sicherzustellen. Durch den Dachverband sollen Kinder- und Jugendvertretungen in allen Kommunen etabliert werden, um in allen Kommunen Beteiligung zu sichern.

JiL 37/73 NEU

Ausbau von Schutzwohnungen und Gewaltzentren für Männer

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich stärker für die Schaffung und Erweiterung von Schutzwohnungen und Gewaltschutzzentren für Menschen aller Geschlechtsidentitäten einzusetzen, um dem herrschenden Mangel an Schutzräumen entgegenzuwirken.

JiL 37/74

Ermöglichung der flächendeckenden Berufsausbildung in Teilzeit

Die Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein und der Landtag werden aufgefordert, sich auch auf Bundesebene dafür einzusetzen, seitens der Berufsschulen und der Betriebe flächendeckende Berufsausbildungen in Teilzeit zu ermöglichen. So können u. a. auch Auszubildende mit Beeinträchtigungen, Alleinerziehende, Auszubildende mit pflegebedürftigen Angehörigen und Geflüchtete jeden Beruf erlernen und werden nicht benachteiligt.

JiL 37/39

Mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, im öffentlichen Raum mehr Barrierefreiheit zu schaffen. Dies soll durch entsprechende Beauftragte, die Barrieren ausfindig machen, sowie Beschwerden entgegennehmen ermöglicht werden. Auch unterstützen Förderungen die Umsetzung der Baumaßnahmen zur Verbesserung der Mobilität. Dies ist notwendig, um zum Beispiel Menschen mit körperlichen Einschränkungen sowie älteren Menschen oder Menschen mit Kinderwagen eine bessere Mobilität ohne Barrieren zu gewährleisten.

JiL 37/11 NEU

Leitfaden zur Gründung von Kinder- und Jugendbeiräten

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, die Gründung von Kinder- und Jugendbeiräten spezifisch durch die Schaffung eines „Leitfadens zur Gründung“ zu unterstützen.

JiL 37/47

Ökologische Freiwilligendienste Koppelsberg

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich für eine bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen im Bereich Fahrradverkehr einzusetzen.

JiL 37/46 NEU

Förderung des Austausches zwischen Generationen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, den generationsübergreifenden Austausch zu fördern, indem die Gemeinden, Städte und Kommunen dazu angeregt werden, dieses Anliegen an freiwillige und öffentliche Organisationen, beispielsweise Kinder- und Jugendparlamente und /-beiräte sowie Seniorenbeiräte weiterzutragen, sodass vor allem junge und ältere Menschen mehr aus der Welt der anderen Generation verstehen, Einsamkeit vorbeugen, sich miteinander austauschen und voneinander lernen können. Dies könnte zum Beispiel durch Begegnungscafés oder Handyschulungen ermöglicht werden.

JiL 37/36

Aufklärung zum Thema soziale Medien

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, aufklärende Workshops für Eltern und Jugendlichen zu fördern, bei welchen die Gefahren, welche mit sozialen Medien kommen, vermittelt werden. Teil dieser sollten Erfahrungsberichte und sachliche Informationen sein. Auch online sollten mehr Möglichkeiten geschaffen werden, sich sachlich aufklären zu lassen, um so das Risiko, welchem junge Kinder im Internet ausgesetzt sind, zu verringern.

JiL 37/15 NEU

Mehr bezahlbaren Wohnraum für Jugendliche und Studierende schaffen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, Programme zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus und von Wohnprojekten speziell für junge Menschen in Schleswig-Holstein zu entwickeln und umzusetzen und bereits vorhandene Programme auszubauen. Dafür sollen finanzielle Mittel bereitgestellt und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften und gemeinnützigen Organisationen erleichtern, bezahlbaren Wohnraum für Jugendliche und Studierende anzubieten.

Arbeitskreis 3: Finanzen/Wirtschaft und Inneres

JiL 37/10 NEU

Wiederverstaatlichung der Deutschen Bahn

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert sich für die komplette Wiederverstaatlichung der Deutschen Bahn einzusetzen. Außerdem sollen die Investitionen in die Bahn, das Streckennetz und den Regionalverkehr deutlich erhöht werden. Es soll einen Vorrang der Finanzierung in die Schiene vor der Straße bestehen. Die Anteile der Deutschen Bahn an Geschäftszweigen die nicht dem Zweck der Bahn dienen sollen verkauft werden. Eine verstärkte und auf europäischer Ebene besonders mit unseren Dänischen Nachbarn koordinierte Zusammenarbeit soll mitbedacht werden.

JiL 37/64

Wiedereinführung der Vermögenssteuer zur Förderung sozialer Gerechtigkeit

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer einzusetzen. Ziel ist es, hohe Vermögen stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen und damit einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur Stärkung der öffentlichen Infrastruktur zu leisten.

JiL 37/54

Konkrete Klimaziele im Land einhalten

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, die Klimaziele, wie zum Beispiel die 12 % Bewaldung, ausgehend von 11 % in Schleswig-Holstein, konkreter anzugehen und zu fördern.

JiL 37/16

Spaltung bekämpfen-ÖRR schützen

Der Landtag Schleswig-Holstein und die Landesregierung werden aufgefordert, sich entschieden gegen die Pläne der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten einzusetzen, das Informationsangebot des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks im digitalen Raum, im Sinne der geplanten Rundfunkreform zu beschneiden.

JiL 37/22 NEU NEU

Schuldenbremse einhalten - keine Schuldenvererbung aufkommende Generationen

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung und der Landtag werden zu einer Reform der Schuldenbremse aufgefordert, um die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit von Schleswig-Holstein und auf Bundesebene zu gewährleisten. Dazu zählen:

- *Die Ausnahme für Investitionen,*
- *Schuldenobergrenze orientiert an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit,*
- *Flexibilisierung in Reaktion auf Krisen und Katastrophen sowie weitere Ausnahmesituationen.*

JiL 37/48

Ökologische Freiwilligendienste Koppelsberg

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, die Ostsee im Rahmen großflächiger Naturschutzgebiete an den Küsten sowie auf dem offenen Meer zu schützen und zu erhalten. Dies kann entweder durch die Wiederaufnahme der Planungen zum im Koalitionsvertrag stehenden (!) Nationalpark Ostsee oder durch neue Entwürfe geschehen.

JiL 37/29

Renaturierung von Wäldern und Mooren

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird dazu aufgefordert, sich mit konkreten und messbaren Maßnahmen für einen wirkungsvollen Klimaschutz und Umweltschutz einzusetzen, insbesondere durch den Schutz von Wäldern und Mooren als zentrale CO₂-Speicher und natürliche Klimaschützer.

JiL 37/4 NEU

Renaturierung von Wäldern und Mooren

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine verbesserte Terrorabwehr einzusetzen. Dass laut Statistik, in einem Zeitraum von 2011 bis 2022, nahezu jeder zweite vereitelte Terroranschlag nur durch Hilfe ausländischer Geheimdienste vereitelt werden konnte, sollte dabei klarmachen, dass unsere Sicherheits- und Nachrichtendienste nicht anständig in der Lage sind diese Probleme zu bewältigen. Als Reaktion darauf sollte der Bund grade die Befugnisse der Nachrichtendienste im Bereich Informationsbeschaffung und -analyse erweitern.

Nichtsdestotrotz sollte dabei weiterhin die Legitimation der von den Nachrichtendiensten durchgeführten Operationen und der Datenschutz der Bürger kontrolliert werden. Das soll durch eine stärkere Einsichtnahme des Parlamentarisches Kontrollgremium (PKGr) und die Möglichkeit eines direkten gerichtlichen Eilverfahren zur Feststellung der Legitimation gewährleistet werden.

Es wird zu jedem Zeitpunkt die gebotene Rücksicht auf das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung genommen.

JiL 37/65

Schützt was uns Schützt

Zunehmende Wetterextreme und die immer gravierenderen Folgen des Klimawandels stellen sowohl für den Menschen als auch für die Natur eine große Herausforderung dar. Aus diesem Grund wird der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung aufgefordert, die bestehenden Naturschutzgebiete in den Küstenregionen sowie im Binnenland erweitern und gegebenenfalls renaturieren. Zudem könnten Investitionen in Küstenschutz- und Renaturierungsmaßnahmen, wie etwa Dünen- und Deichverstärkungen, dabei helfen, die Küstenregionen für kommende Herausforderungen des Klimawandels besser zu wappnen.

JiL 37/26

Urbane Begrünung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird dazu aufgefordert, sich aktiv und nachhaltig für die Förderung der Begrünung urbaner Räume einzusetzen, um zur Klimaanpassung, zur Verbesserung der Luftqualität und zur Steigerung der Lebensqualität der Bevölkerung beizutragen.

JiL 37/58 NEU

Unabhängige Wirtschaft, unabhängiger Staat - neue Chancen für Schleswig-Holstein

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten, um die schwächelnde deutsche Wirtschaft zu reformieren und unabhängiger zu gestalten. Dazu gehören:

- *Begrenzung des Einflusses großer weltpolitischer Akteure (China, Russland, USA) auf kritische Infrastrukturen,*
- *Entbürokratisierung,*
- *Schaffung eines Jahresbürokratieabbaugesetzes,*
- *Digitalisierung von Bildungsstätten (Schulen, Berufsschulen, Universitäten, Fachhochschulen) vorantreiben und erleichtern,*
- *Aufbau strategischer Rohstoffreserven,*
- *Erstellung eines detaillierten Transformations- und Subventionsplans für eine klimaneutrale Wirtschaft.*

JiL 37/21

Investitionsbedarf in Infrastruktur nachkommen - Sanierungsoffensive für marode Brücken in Schleswig-Holstein

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, eine Sanierungsoffensive für marode Brücken zu starten und dem Investitionsstau in der Verkehrsinfrastruktur ein Ende zu setzen. Zuverlässige Brücken sind eine zentrale Säule unserer wirtschaftlichen Stabilität und des gesellschaftlichen Wohlstands. Es darf nicht zugelassen werden, dass die marode Brückeninfrastruktur ein Standortrisiko für Schleswig-Holstein wird.